

Deutsche Umwelthilfe e.V. | Hackescher Markt 4 | 10178 Berlin

Bürgermeister der Stadt Bremen
Herrn Dr. Andreas Bovenschulte
Am Markt 21
28195 Bremen

BUNDESGESCHÄFTSSTELLE
BERLIN

Hackescher Markt 4
Eingang: Neue Promenade 3
10178 Berlin

Barbara Metz
Tel. +49 (0) 30 2400867-0
Fax +49 (0) 30 2400867-19
kreislauf@duh.de
www.duh.de

19. Januar 2021

Antrag zur Umsetzung von Maßnahmen gegen unnötigen Einwegmüll in Bremen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Deutsche Umwelthilfe (DUH) setzt sich seit vielen Jahren als bundesweit tätiger Umwelt- und Verbraucherschutzverband für die Vermeidung von Abfällen und deren möglichst hochwertige stoffliche Nutzung ein. Mit großer Sorge beobachten wir einen deutlichen Anstieg der Verpackungsabfälle in deutschen Städten und Kommunen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sind im Frühjahr 2020 ganze elf Prozent mehr Verpackungsmüll angefallen. Der Grund hierfür ist vor allem der gestiegene Außer-Haus-Konsum von Speisen und Getränken aufgrund der Corona-Beschränkungen. Zahlreiche städtische Entsorger mussten sogar die Leerungszyklen ihrer Abfallbehälter in Parks und auf öffentlichen Plätzen erhöhen, um die regelrechte Abfallflut bewältigen zu können.

Bereits vor der Corona-Krise waren mehr als 40 Prozent des Straßenmülls in Deutschland Produkte aus Einwegplastik und Verpackungen. Die Sammlung und Entsorgung des Einwegmülls im öffentlichen Raum kostet die Kommunen laut einer Studie des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU) jährlich 720 Millionen Euro. Pro Jahr fallen in Deutschland mehr als 670.000 Tonnen Müll durch Einwegbecher, Einwegboxen, Einweggeschirr und Einweg-Plastikflaschen an – so viel wie 2.400 Flugzeuge des Airbus A380. Allein in Bremen werden ca. 223 Millionen dieser Einweg-Verpackungen weggeworfen. Die Corona-Krise darf nicht zur Müllkrise werden. Gemeinsam mit zahlreichen engagierten Bürger*innen fordern wir Sie zu Maßnahmen zur Abfallvermeidung auf – für weniger Müll im öffentlichen Raum, für mehr Klimaschutz und die Schonung begrenzt vorhandener Ressourcen!

Die Lösung unseres Abfallproblems liegt auf der Hand: Mehrwegsysteme vermeiden durch häufige Wiederverwendung Abfälle und sind somit ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz. Politik und Verwaltung müssen dringend mit gutem Beispiel vorangehen und derartige abfallarme Verpackungssysteme fördern.

Wir beantragen hiermit die unverzügliche Umsetzung der folgenden fünf Maßnahmen:

1. Förderung der Einführung und Ausweitung von **to-go-Mehrwegverpackungen** in der Gastronomie in Bremen durch **finanzielle Zuschüsse und unterstützende Kampagnen**.
2. **Erhebung einer örtlichen Verbrauchssteuer** auf die Ausgabe von Speisen und Getränken in **Einwegverpackungen**, wie sie beispielsweise in Tübingen beschlossen wurde.
3. **Untersagung des Einkaufs von Einwegverpackungen** (bspw. Einweg-Plastikflaschen, Einweggetränkebecher oder Kaffeekapseln) in den **öffentlichen Beschaffungsrichtlinien**, wie es zum Beispiel in Hamburg erfolgt ist.
4. Einführung und Umsetzung eines verbindlichen **Mehrweggebots für Veranstaltungen auf öffentlichem Grund**.
5. **Konsequenter Vollzug des Pflichtpfandes auf Einweg-Plastikflaschen und Getränkedosen**. Aufgrund des illegalen pfandfreien Verkaufs von Einweggetränkeverpackungen in vielen Kiosken, Trinkhallen und Spätverkaufsläden landen besonders viele Plastikflaschen und Dosen in der Umwelt. Dies muss durch **Kontrollen** und das Verhängen von **Bußgeldern** gestoppt werden.

Begründung:

Durch die Nutzung von Mehrwegsystemen beim Außer-Haus-Konsum und auf öffentlichen Veranstaltungen könnten in Bremen ca. 104 Millionen Einwegbecher, -essensboxen und -geschirr im Jahr vermieden werden. Die Folge: weniger Müll, geringere Kosten zur Säuberung des öffentlichen Raums, mehr Klima- und Ressourcenschutz. Deutschlandweit ergäbe sich durch die konsequente Nutzung von Mehrwegbechern, -boxen und -geschirr ein Einsparpotential von insgesamt 805.000 Tonnen des Klimagases CO₂.

Trotz dieser deutlichen Umwelt- und Klimavorteile bleibt bislang eine flächendeckende Anwendung von Mehrwegsystemen aus. Nach einer Umfrage der Deutschen Umwelthilfe hat bisher kaum eine große Gastronomieketten in Deutschland ein umweltfreundliches Mehrwegsystem für Kaffee oder Speisen zum Mitnehmen eingeführt. Dabei haben sich in den letzten Jahren vielversprechende Initiativen entwickelt, die standardisierte Mehrwegbecher und -boxen mit Pfand in die Anwendung bringen.

Für einen Umstieg auf Mehrweg braucht es wirkungsvolle Anreize für Gastronom*innen und Veranstalter*innen. Kommunen haben Möglichkeiten, um diesen Wandel zu einer abfallärmeren Gesellschaft mitzugestalten, wie es Vorreiterstädte wie Tübingen, Hamburg oder München bereits unter Beweis gestellt haben (s. Anlage). Die öffentliche Hand hat Vorbildcharakter – setzen Sie ein Zeichen für Abfallvermeidung sowie Mehrweg und gegen Einwegmüll. Verbieten Sie unnötige Einwegprodukte in Ihren Ämtern und auf öffentlichen Veranstaltungen!

Da der Klimawandel und die Auswirkungen des Raubbaus an unserer Natur immer schneller voranschreiten muss jetzt gehandelt werden. Deshalb fordern wir Sie dazu auf unverzüglich tätig zu werden und die vorgeschlagenen Maßnahmen für weniger Abfall und mehr Klimaschutz umzusetzen.

Wir bitten Sie um kurzfristige Stellungnahme zu unserem Antrag bis zum 19.02.2021.

Mit freundlichen Grüßen



Barbara Metz
Stellvertretende Bundesgeschäftsführerin

Anlage Kommunale Mehrweg-Vorreiter Kommunale Mehrweg-Vorreiter

Beispiel Tübingen

Die Stadt Tübingen fördert Gastronomen, die von to-go-Einwegverpackungen auf Mehrwegsysteme umstellen, mit finanziellen Zuschüssen von bis zu 75 Prozent für den Kauf von Mehrweggeschirr und Gewerbespülmaschinen. Gleichzeitig möchte die Stadt ab Januar 2022 die Ausgabe von nicht wiederverwendbaren Verpackungen von Mitnahme-Gerichten oder Getränken wie beispielsweise Nudel- und Burgerboxen sowie Kaffeebecher besteuern. Dadurch plant die Stadt, die Kosten für die Beseitigung von Verpackungsmüll aus dem öffentlichen Raum deutlich zu senken, die derzeit jährlich mehr als 700.000 Euro betragen.

Beispiel Hamburg

Mit einem Einkaufsvolumen von jährlich rund 350 Milliarden Euro kann die öffentliche Hand dazu beitragen, nachhaltige Mehrwegprodukte am Markt weiter zu etablieren. In Hamburg wurde Anfang 2016 ein [Leitfaden](#) für eine umweltfreundliche öffentliche Beschaffung verabschiedet, der Hamburger Ämter, Behörden und Einrichtungen untersagt, Kaffeemaschinen mit Alukapseln, Mineralwasser in Einwegflaschen oder Einweggeschirr einzukaufen.

Beispiel München

Bei der Ausrichtung oder Genehmigung von Veranstaltungen im öffentlichen Raum haben Städte die Möglichkeit, in Ihrer Abfallsatzung für solche Events Mehrweggebote für die Ausgabe von Speisen und Getränken zu erlassen. Besonders abfallarme Veranstaltungen sind die Erlanger Bergkirchweih und das Münchener Oktoberfest, die jedes Jahr Millionen von Besucher*innen anlocken. Durch den konsequenten Einsatz von Mehrwegsystemen und einer vorbildlichen Abfalltrennung vor und hinter den Kulissen konnte das Oktoberfest die Restmüllmenge pro Besucher*in auf 140 Gramm senken.